

Streik der Seele?

Gesundheitsforum der Landesgesundheitskonferenz diskutiert psychische Gesundheit von Beschäftigten in Berlin

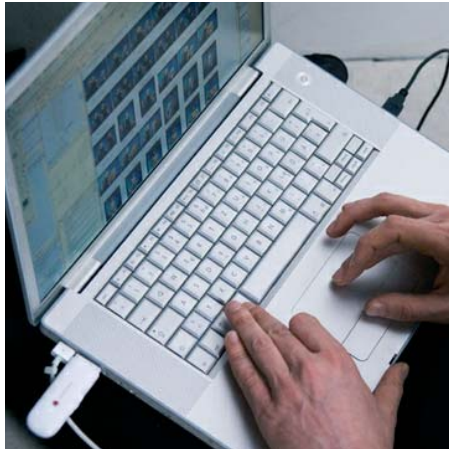
Wie steht es um die psychische Gesundheit von Beschäftigten in Berlin? Welche Belastungen gibt es an den Arbeitsplätzen in den verschiedenen Branchen und mit welchen Ansätzen können psychische Belastungen reduziert werden? Welche Partner und Akteure sind hier gefragt? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Gesundheitsforums „Streik der Seele? Zur psychischen Gesundheit von Beschäftigten in Berlin“ am Montag, 4. Oktober 2010 in der Berliner Urania. Die 180 Teilnehmenden aus Krankenkassen und Bezirksämtern, Politik und Forschung, der psychosozialen und medizinischen Versorgung sowie aus Berufs- und Fachverbänden beteiligten sich rege am fachlichen Austausch.

Berlin – Hauptstadt der psychischen Erkrankungen?

Zu Beginn hatte Antje Ducki, Professorin an der Beuth Hochschule für Technik, das Wort. In ihrem Vortrag „Gehetzt und ausgebrannt oder entspannt und glücklich?“ gab sie dem Publikum einen fachlichen Überblick über die psychische Gesundheit der Beschäftigten in Berlin.

Antje Ducki eröffnete ihre Ausführungen mit einem traurigen Rekord. Zwölf Prozent aller Arbeitsunfähigkeiten in Berlin gingen auf psychische Erkrankungen zurück, bundesweit seien es 7,8 Prozent. Im Schnitt seien die Berliner Beschäftigten pro Person aufgrund einer psychischen Erkrankung 29,4 Tage krankgeschrieben, das sind sieben Tage mehr als im Bundesdurchschnitt. Psychische Erkrankungen sind zudem laut Antje Ducki die Hauptursache für Frühberentungen – auch hier verzeichne Berlin den höchsten Stand bundesweit. Frauen scheinen dabei häufiger an psychischen Erkrankungen zu leiden als Männer.

Ducki zeigte in ihren weiteren Ausführungen vielfältige Einflussfaktoren auf, die im Zusammenspiel maßgeblich an der Entstehung psychischer Erkrankungen beteiligt sind. So



werden vor allem folgende Faktoren als belastend erlebt: Angst vor dem Arbeitsplatzverlust, ungleiche Bezahlung und fehlende Anerkennung im Betrieb sowie zunehmende prekäre Beschäftigungsverhältnisse. In Berlin verschärfen sich diese Bedingungen durch das hohe Armutsrisiko einerseits und den hohen Anteil an interaktionsintensiven Jobs andererseits. Ducki zufolge sind neben Krankenpfleger/innen, Hebammen, Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen auch Putzkräfte und Büroangestellte deutlich häufiger und länger krankgeschrieben als Beschäftigte aus anderen Berufsgruppen. Hoher Zeitdruck und andauernde Strukturänderungen seien spezifische Faktoren, die diese Berufsgruppen belasten. Sichere Arbeitsplätze zu schaffen und Mindestlöhne zu garantieren benannte Ducki als Grundbedingung für eine gesunde Arbeitswelt. Arbeitsplätze sollten dabei belastungsarm gestaltet und an den Ressourcen der Mitarbeiter/innen orientiert sein. Besonders sozial Benachteiligte sollten durch Weiterqualifizierung befähigt werden, den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt standzuhalten, diesen mit zu gestalten und Unsicherheiten auszuhalten.

Gesunde Arbeitsplätze erhalten, um der flexibilisierten Arbeitswelt zu trotzen

Senatorin Katrin Lompscher schloss an die Ausführungen von Antje Ducki an und konstatierte, dass psychische Belastungen in der Arbeitswelt stark zu nehmen. Seit 1995 sei die Zahl der psychischen Erkrankungen von Beschäftigten bundesweit um 80 Prozent gestiegen.

Die Arbeitswelt unterliege vielfältigen Veränderungsprozessen, fuhr Lompscher fort. Der

demografische Wandel führe zu einer älteren und häufiger kranken Belegschaft. Rationalisierung, hoher Leistungsdruck, eine unsichere Arbeitsplatzsituation sowie fehlende Unterstützung und mangelnde Anerkennung im Beruf belasteten Beschäftigte zunehmend. Angesichts von ökonomischen Krisen und der Flexibilisierung der Arbeitswelt drohe sich die Situation noch zu verschlechtern.

Psychische Erkrankungen würden zudem gesellschaftlich tabuisiert und stigmatisiert, so Lompscher. Von Betroffenen und deren Umgebung würden sie oftmals spät thematisiert, die frühzeitige Unterstützung der Erkrankten werde somit erschwert. Lompscher forderte daher Interventionen und Programme, um psychische Erkrankungen zu entstigmatisieren. Solche Programme könnten helfen, dass erkrankte Arbeitnehmer/innen nicht weiteren Verletzungen ausgesetzt seien und erleichtern damit die berufliche Reintegration. Da der Arbeitsplatz eine wesentliche Rolle für den Gesundungsprozess spiele, müsse sichergestellt werden, dass er auch trotz einer psychischen Erkrankung erhalten werde, so Lompschers Plädoyer.

Weitere Statements von

- Dorothee Hillenbrand, Vorstandsmitglied der Psychotherapeutenkammer Berlin
- Heidi Jockel, Vertreterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin-Brandenburg
- Alexander Schirp von der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg
- Werner Mall, Präventionsexperte der AOK Berlin-Brandenburg
- Detlef Kuhn, Sprecher des Arbeitskreises „Betriebliche Gesundheitsförderung“ bei Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. und Geschäftsführer des Zentrum für angewandte Gesundheitsförderung und Gesundheitswissenschaften ZAGG

finden Sie in dem ausführlichen Artikel von Stefan Weigand und Marina Schmidt. Diesen können Sie online hier [weiterlesen](#).

